



Mehr Erfolg! Mehr Umsatz! Mehr Kunden!

All-In
Shop



News

Service

Freizeit

Marktplatz

Allgäu



Allgäuer Zeitung vom 16.10.2001



"Kommen uns wie Täter vor"

Weiter Kritik von Radarsoldaten am Verteidigungsministerium

Allgemein

Weltnachrichten
Allgäu-Nachrichten
www Links
Börse
Sport
World Wide Web
Wissenschaft
Boulevard
Wetter
Bilder des Tages
Kalenderblatt
Lotto

Region

Buchloe
Füssen
Immenstadt
Kaufbeuren
Kempten
Marktoberdorf
Memmingen
Weiler
Archiv

Kaufbeuren/Berlin (avu). Ehemalige Soldaten, die ihre Krebserkrankung auf den Dienst an Radargeräten zurückführen, üben weiter heftige Kritik am Bundesverteidigungsministerium. Die von Verteidigungsminister Rudolf Scharping eingesetzte Arbeitsgruppe "Radar" setze auf Zeit. "In Anbetracht der Schwere der Fälle wird eine biologische Lösung immer wahrscheinlicher", schreibt der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter in einem offenen Brief. Der Kaufbeurer Heinz Dankenbring, Allgäuer Beauftragter des Bundes und als Berater in die ministerielle Arbeitsgruppe berufen, klagt: "Man kommt sich nicht wie ein Opfer vor, sondern wie der Täter. Das ist traurig, aber wahr."

Wie berichtet, fordern die erkrankten Radarsoldaten vom Verteidigungsministerium Schadensersatz und Schmerzensgeld. Sie werfen der Bundeswehr vor, von den Gefahren durch Röntgenstrahlen bei der Arbeit am Radar in den 60er- und 70er Jahren gewusst und nicht für ausreichende Sicherheitsvorkehrungen gesorgt zu haben. Verteidigungsminister Rudolf Scharping hatte kürzlich "schnelle, unbürokratische und streitfreie Lösungen" angekündigt.

Das zweifeln die Betroffenen mittlerweile an. Ein Brief des Allgäuer Beauftragten des Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter, Heinz Dankenbring, an Scharping ist bisher unbeantwortet geblieben. Darin will der Kaufbeurer belegen, dass das Ministerium die Sache "verschleppt". So habe das Verwaltungsgericht Schleswig einem zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr Strahlenschäden als Dienstunfall anerkannt; die Wehrbereichsverwaltung I in Kiel habe Antrag auf Berufung gestellt. Das Sozialgericht München habe dem früheren Feuerleitfeldwebel Ulrich Häntzschel ebenfalls Strahlenschäden als Dienstunfall anerkannt; auch hier laufe ein Berufungsverfahren. Bei einem anderen Soldaten, der in den 60er- und 70er Jahren an Radargeräten eingesetzt war, habe die Strahlenmessstelle Süd zur Beurteilung der Belastung Messwerte dieser Typen aus dem Jahr 1991 verwendet. Dankenbring: "Und das obwohl bekannt ist, dass durch Geräteänderungen und durchgeführte Abschirmungen 1991 die gefährlichen Röntgenstrahlen erheblich reduziert wurden."

Kritik üben die betroffenen Soldaten auch an der ministeriellen Arbeitsgruppe, die frühere Arbeitsbedingungen an Radargeräten rekonstruieren soll. Dankenbring ist zum beratenden Mitglied für einzelne Gerätetypen in diese Gruppe berufen worden. "Man kommt sich nicht wie ein Opfer vor, sondern wie der Täter. Das ist traurig, aber wahr", so der Kaufbeurer. In einem offenen Brief schreibt der erkrankte ehemalige Soldat und "Bund"-Mitarbeiter Dietmar Glaner "aus Sicht der 20 geschädigten Soldaten und

Verge
der myAI
Terminpl

Jetzt n

- ▶ Infos über Neuersch Bestelle sofort im
- ▶ Sie haben eine Unte Suchen S Einträgen unserem [Unterku](#)
- ▶ Ärger mit Hier finde [Unser Br](#)

REGION



zivilen Mitarbeiter", die an der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe teilnahmen: "Entgegen der Ankündigungen des Ministers wird auf Zeit gesetzt."

Musterklagen vorbereitet

Enttäuscht vom Verhalten des Bundesverteidigungsministeriums zeigen sich auch die Berliner Opfer-Anwälte, die nach eigenen Angaben mittlerweile 585 ehemalige Bundeswehr-Soldaten oder ihre Hinterbliebenen darunter auch Mandanten aus dem Allgäu sowie 78 NVA-Soldaten vertreten. Im November werde Klage erhoben, so Anwalt Remo Klinger von der Kanzlei Geulen, "wenn sich bis dahin nichts tut". Dabei handelt es sich, wie berichtet, um das zweite Ultimatum. Es werde sich um sechs bis zehn Musterklagen handeln, so Klinger, um das finanzielle Risiko für den Einzelnen gering zu halten.

[zurück](#)